

## Entschließung: Solidarität mit den sudanesischen Volk

Der PSI-Vorstand:

**ERKENNT** die verheerenden Auswirkungen des anhaltenden Krieges im Sudan auf die Zivilbevölkerung und besonders auf Frauen und Kinder an, und

**BESTÄTIGT** die wichtige Rolle der NotfallhelferInnen, der Beschäftigten im öffentlichen Sektor und der JournalistInnen, die inmitten von Gewalt und humanitären Krisen weiterhin dem Gemeinwesen dienen;

**ERINNERT** an die Grundsätze der internationalen Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens, die in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verankert sind, und an die Werte der globalen Gewerkschaftsbewegung;

**BEKRÄFTIGT** erneut, dass Frieden, Demokratie und Respekt für Menschen- und Arbeitnehmerrechte nicht voneinander zu trennen sind, und dass bewaffnete Konflikte nicht nur Leben, sondern auch die Grundlagen für menschenwürdige Arbeit, Gleichheit und soziale Absicherung zerstören;

**BESCHLIESST** folgende Punkte:

1. **BEKUNDUNG** der uneingeschränkten Solidarität mit dem sudanesischen Volk und besonders mit Frauen, Kindern, Notfalleinsatzkräften an vorderster Front, Beschäftigten im öffentlichen Sektor und JournalistInnen, die infolge des anhaltenden Konflikts weiterhin unermessliches Leid erdulden müssen.
2. **VERURTEILUNG** aller Formen von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, der Zerstörung öffentlicher Infrastrukturen und der gezielten Angriffe auf Krankenhäuser, Schulen, Arbeitsplätze und Medieninstitutionen in schärfster Form.
3. **FORDERUNG** nach einer sofortigen und bedingungslosen Waffenruhe und nach der Aufnahme umfassender Friedensverhandlungen, die dem Schutz der Zivilbevölkerung, dem Respekt der Menschenrechte und der Wiederherstellung eines demokratischen staatlichen Handelns Priorität geben.
4. **ANERKENNUNG** und Unterstützung der heroischen Arbeit der Notfalleinsatzkräfte an vorderster Front, des Gesundheitspersonals, der LehrerInnen, der Arbeitskräfte in der Wasser- und Sanitärversorgung und der JournalistInnen, die trotz hoher persönlicher Risiken weiterhin essenzielle öffentliche Dienste aufrechterhalten.
5. **BESTÄTIGUNG** des Rechtes der sudanesischen Arbeitskräfte, sich ungehindert gewerkschaftlich zu organisieren und an Prozessen der Friedensförderung, des Wiederaufbaus und der Entscheidungsfindung teilzunehmen, ohne Verfolgung fürchten zu müssen.
6. **APPELL** an die internationale Gewerkschaftsbewegung durch PSI, IGB, die GUFs und regionale Organisationen Solidaritätsaktionen zu verstärken, humanitäre Unterstützung zu leisten und sich für den Frieden und die Arbeitnehmerrechte im Sudan einzusetzen.
7. **ERMUTIGUNG** aller Mitgliedsorganisationen, sich an humanitären Aufrufen zu beteiligen, um die sudanische Zivilbevölkerung und besonders Initiativen zu unterstützen, die von

Frauenorganisationen, Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und unabhängigen Medien geleitet werden.

**8. FORDERUNG** an internationale Institutionen und Geberstaaten, dem Wiederaufbau des öffentlichen Dienstes im Sudan Priorität zu geben, den Schutz und die faire Behandlung von sudanesischen Geflüchteten und Binnenvertriebenen sicherzustellen und eine Austeritätspolitik abzulehnen, die diesen Wiederaufbau und die soziale Gerechtigkeit unterwandern würde.

**9. VERPFLICHTUNG** zu einer anhaltenden Advocacy-Arbeit, damit Kriegsverbrechen und geschlechtsspezifische Gewalt vor Gericht geahndet werden können, und Advocacy-Arbeit für den Schutz von JournalistInnen und MenschenrechtsaktivistInnen, die diese Verbrechen dokumentieren.

Wir stehen fest an der Seite der Menschen und der ArbeitnehmerInnen im Sudan.

Wir bekräftigen, dass Frieden, Demokratie, Geschlechtergleichstellung und leistungsfähige öffentlich Dienste der einzige Weg zu einer gerechten und nachhaltigen Zukunft sind.

EINGEBRACHT von Prince Peters Adeyemi, PSI-Vizepräsident für Afrika und die arabischen Länder.

Wie vorgelegt von der Bibliotheca Alexandrina Solidarity Staff Union, Ägypten, für AFRECON und angenommen von AFRECON (14. November 2025).